

OBSERVATORY ON
INTOLERANCE AND DISCRIMINATION
AGAINST CHRISTIANS IN EUROPE

Under pressure: Human Rights of Christians in Europe

TOP FIVE REPORT
2019 – 2020



SHORT VERSION GERMAN



Vienna: Observatory on Intolerance Against Christians in Europe (OIDAC Europe), 2021

© Observatory on Intolerance Against Christians in Europe, 2021

Reproduction is authorised provided the source is acknowledged.

For any use or reproduction of photos or other material that is not under OIDAC Europe copyright, permission must be sought directly from the copyright holders.

Neither OIDAC Europe nor any person acting on behalf of the Agency is responsible for the use that might be made of the following information.

ABSTRACT

Die Grundfreiheiten sind zwar ein Schlüsselement insbesondere in allen „westlichen“ demokratischen Gesellschaften, aber die jüngsten Entwicklungen haben gezeigt, dass diese Freiheiten durchaus in Frage gestellt und manchmal sogar eingeschränkt werden. Die Besorgnis über einen Rückgang der Religionsfreiheit in Europa, die sich auch auf die Meinungs- und Gewissensfreiheit, die Rechte der Eltern und andere Menschenrechte bezieht, wächst. In diesem Bericht untersucht OIDAC dieses Thema in fünf Ländern im Kontext von Christen: Frankreich, Deutschland, Spanien, Schweden und das Vereinigte Königreich (UK), im Zeitraum zwischen 2019 und 2020. Diese Länder wurden ausgewählt, weil nach unseren Erhebungen Christen in diesen Ländern mit den meisten Einschränkungen konfrontiert sind. Die Ergebnisse des Berichts beruhen auf einer Vielzahl von Daten, die wir gesammelt haben. Der Großteil unserer Daten basiert auf von uns dokumentierten, deskriptiven Fällen, sowie auf einem umfangreichen Umfragebogen und vertiefenden Interviews mit Experten und betroffenen Christen. Bei unseren Untersuchungen haben wir eine zunehmende Intoleranz und Diskriminierung festgestellt, die hauptsächlich von zwei Seiten ausgeht. Erstens von staatlicher Seite durch Teile der Gesetzgebung oder einen feindseligen politischen Diskurs, der die Freiheiten der Christen untergräbt, und zweitens von individueller Seite durch soziale Ausgrenzung und kriminelle Übergriffe auf Christen bzw. christliche Einrichtungen. Die zentrale Dynamik, die eine Aushöhlung und Einschränkung der Freiheiten von Christen verursacht, kann als säkulare Intoleranz bezeichnet werden, so eines der Ergebnisse. Der Bericht bietet einen zusammenhängenden Überblick über die untersuchten Fälle, zeigt aktuelle Trends auf und enthält Empfehlungen für die Praxis.



VORWORT

Es liegt etwas in der Luft, etwas hat sich verändert und ein neues Phänomen zeichnet sich am Horizont ab. Es brodelt schon seit einiger Zeit unter der Oberfläche, aber nun wird es immer sichtbarer. Viele Christen in Europa, die ihren Glauben tagtäglich und offen leben und auch außerhalb der Kirche nicht verstecken, sind in irgendeiner Form mit Diskriminierung oder Intoleranz konfrontiert. Entweder auf offensichtliche oder unerkannte, subtile Weise. Im heutigen Europa ist es nicht nur unmodern, ein überzeugter Gläubiger zu sein, sondern es kann auch zu schwerwiegenden Eingriffen in die persönliche Freiheit in einigen wichtigen Lebensbereichen wie zum Beispiel dem Arbeitsplatz oder der Ausbildung führen.

Das Phänomen, von dem wir hier sprechen, ist die Zunahme von Intoleranz und Diskriminierung gegenüber Christen in Europa. Dieses Phänomen kann in verschiedenen Formen auftreten, z. B. als Vandalismus - antireligiös motivierte Angriffe auf Kirchen und christliche Gebäude - oder sogar als antichristliche Hassverbrechen gegen Einzelpersonen. Aber auch durch die schrittweise Einschränkung oder Anfechtung von Grundrechten wie der Meinungsfreiheit, der Religionsfreiheit, der Gewissensfreiheit, der Vertragsfreiheit oder der elterlichen Rechte durch gesellschaftlichen Druck oder den Staat.

Die zugrundeliegende Dynamik, die das Phänomen immer stärker an die Oberfläche bringt, ist das, was wir als säkulare Intoleranz bezeichnen. Es handelt sich um eine ideologisch- missionarische Form von Säkularisierung, die einen kulturellen Wandel auf allen Ebenen der Gesellschaft bewirkt bzw. bewirken will. Es handelt sich um einen offensiven Anspruch, die praktizierte Religion in den privaten Bereich zu verdrängen und die Tatsache zu ignorieren, dass der Glaube eine wesentliche Rolle in einer intakten Gesellschaft spielt. Die Negierung und Ausgrenzung jeder öffentlichen christlichen Stimme beruht vor allem auf einer vehementen Ablehnung der christlichen Moral, wie sie sich aus dem Kern des Glaubens ableitet. In einigen Fällen bleibt es nicht bei der bloßen Ablehnung und Ausgrenzung, sondern es kommt sogar zu einer Kriminalisierung öffentlicher oder sogar privater Meinungen.

Das gezeichnete Bild scheint recht drastisch und die meisten würden sagen, dass es nicht so schlimm ist, aber die von uns dokumentierten Fälle, die ausführlichen Interviews und die durchgeführten Untersuchungen belegen eine andere Realität. Ziel dieses Berichts und der Präsentation unserer Ergebnisse ist es keineswegs, Angst, Spaltung oder Ressentiments zu schüren, sondern vielmehr, ein neues und besorgniserregendes Phänomen offen anzusprechen. Der Grund für unsere Untersuchung ist ganz

einfach: Niemand sonst tut es, abgesehen von einigen wenigen regionalen Organisationen. Die Fakten deuten eindeutig darauf hin, dass es sich um ein wachsendes und besorgniserregendes Problem handelt. Um ein Bewusstsein dafür zu schärfen, muss es in seiner ganzen Tiefe analysiert werden. Der Mangel an Forschungsergebnissen und vergleichbaren Daten zu diesem Thema bedeutet auch, dass wir uns in einem noch weitgehend unbekanntem Bereich bewegen. Daher ist es uns wichtig zu betonen, dass unsere Arbeit noch unvollständig ist, wie es für jede Forschung gilt, die die ersten Schritte auf einem neuen Gebiet unternimmt.

Letztlich geht es nicht nur darum, einen Beitrag zum besseren Schutz der Freiheiten von Christen zu leisten, sondern auch darum, das Bewusstsein für die möglichen Auswirkungen zu schärfen, die eine solche stetige und subtile Aushöhlung liberaler Grundsätze für eine demokratische Gesellschaft hat. Ecksteine können zu unbequemen Stolpersteinen werden, aber sie sind für die Stabilität und das Gleichgewicht eines Gebildes unerlässlich. Das gilt auch für unsere Gesellschaft. Ecksteine unserer liberalen Demokratie wie die individuelle Freiheit und die kollektive Verantwortung können eine Herausforderung sein, sollten aber niemals geschmälert oder verworfen werden. Nur Begegnungen auf Augenhöhe und ein nüchterner, informierter Dialog führen zu echten Lösungen.



UNSERE WICHTIGSTEN ERGEBNISSE:

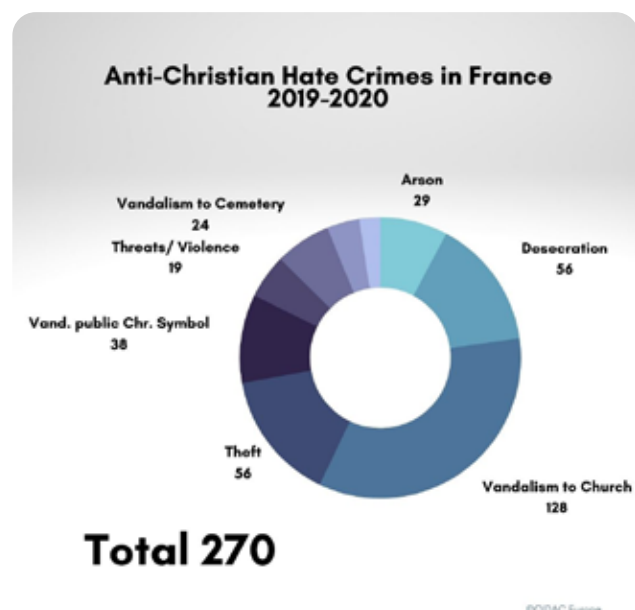
1. Wir haben **fünf europäische Länder** identifiziert, in denen die Freiheiten der Christen im Zeitraum 2019/2020 am stärksten eingeschränkt wurden: Frankreich, Deutschland, Spanien, Schweden und das Vereinigte Königreich.
2. **Antichristliche Hassverbrechen haben europaweit, auch laut OSZE-Berichten, zwischen 2019 und 2020 um 70 % zugenommen.** In Frankreich und Deutschland kommen sie besonders häufig vor, in Spanien und Frankreich haben diese Verbrechen aufgrund einer extremen Form des Säkularismus tendenziell schwerwiegendere Auswirkungen.
3. Unsere Untersuchungen ergaben **das Wirken zweier zentraler Bedrohungsmechanismen**, die das Leben von Christen beeinträchtigen: **Säkulare Intoleranz und islamische Unterdrückung.** Während die säkulare Intoleranz in den meisten der von uns beobachteten Fälle und Lebensbereiche die treibende Dynamik ist, tritt die islamische Unterdrückung vor allem in bestimmten Brennpunktgebieten auf, in denen christliche Konvertiten neben anderen ansässigen Christen die am stärksten betroffene Gruppe sind.
4. Wir haben **vier Lebensbereiche von Christen** identifiziert, die am stärksten beeinflusst werden: das **kirchliche Leben, das Bildungswesen, die Politik und der Arbeitsplatz.** Dabei mussten wir feststellen, dass der Bereich des kirchlichen Lebens aufgrund der steigenden Zahl von Hassverbrechen in den meisten Ländern am stärksten betroffen ist. Bildung, Arbeitsplatz und Politik folgen kurz darauf.
5. Ein weiteres Ergebnis ist, dass alle fünf beobachteten Länder **Probleme mit dem Schutz der Meinungsfreiheit** haben. Großbritannien ist das Land mit den meisten strafrechtlichen Ermittlungen und Verfahren wegen angeblicher Hassrede. In den übrigen Ländern gibt es zwar deutlich weniger öffentlich bekannte Fälle von Einschränkung der Meinungsfreiheit, doch ergibt die Auswertung von Interviews das Phänomen einer stark verbreiteten und tendenziell wachsenden **Selbstzensur** unter gläubigen Christen.

6. **Das Recht auf Gewissensfreiheit ist vor allem in drei Ländern bedroht.** Die Änderung der Gewissensklausel in Schweden hat bereits reale einschränkende Auswirkungen auf christliche Arbeitnehmer. Ähnliche Entwicklungen in Frankreich und Spanien könnten zu einem vollständigen Ausschluss von Christen in bestimmten – vorwiegend medizinischen - Berufsgruppen führen.
7. Wir haben **zwei besorgniserregende Tendenzen im Bildungsbereich** festgestellt. Erstens haben christliche Universitätsstudenten zunehmend das Gefühl, dass sie bestimmte Themen nicht zwanglos debattieren oder ihre Meinung nicht frei äußern können, ohne verurteilt zu werden oder negative Konsequenzen befürchten zu müssen. Dies führt zu lähmenden Effekten der Selbstzensur. Zweitens verletzen verschiedene neue staatliche Vorschriften zur Sexualaufklärung und „Beziehungserziehung“ an Pflichtschulen die Rechte der Eltern.
8. Säkulare Intoleranz und Diskriminierung von Christen beruhen weitgehend auf der **Ablehnung traditioneller Moralvorstellungen praktizierender Christen.** Diese Polarisierung wird offensichtlich auch durch reißerische Medien gefördert, in denen christliche Beiträge zur öffentlichen Debatten oft stigmatisiert und marginalisiert werden.
9. **Christliche Konvertiten muslimischer Herkunft sind eine besonders gefährdete Gruppe in Europa,** wobei es nur sehr wenige Untersuchungen über ihre Lebensumstände gibt. Unsere Daten deuten darauf hin, dass viele von ihnen in ihrem sozialen Umfeld mit extremer Intoleranz und Gewalt konfrontiert sind, und dass die Gefahr, der sie ausgesetzt sind, von den staatlichen Behörden oft ignoriert wird.
10. Während des gesundheitspolitischen Notstandes aufgrund der Covid-19-Pandemie wurden **Kirchen in verschiedenen Ländern wiederholt diskriminiert und Christen ihre Religionsfreiheit verwehrt.** Dies geschah entweder durch eine ungerechtfertigte bzw. unverhältnismäßige Ausübung der Staatsgewalt durch Beamte wie in Spanien, oder durch unverhältnismäßige pauschale Verbote öffentlicher Gottesdienste, wodurch diesen der Status eines grundlegenden menschlichen Bedürfnisses entzogen wurde.
11. Es wurde auch festgestellt, dass unter staatlichen Behörden, zahlreichen Beamten und Medienschaffenden ein **hohes Maß an religiösem Unwissen und Befangenheit herrscht.** Die Anerkennung dieses Mangels an religiösem Verständnis wird ein entscheidendes Element sein, wenn es um die Verbesserung des Dialogs zur Bekämpfung von Diskriminierung und Intoleranz gegenüber Christen geht.

FRANKREICH

Die französische Bevölkerung scheint sich zunehmend in eine christliche, eine säkulare und eine muslimische Gesellschaft aufzuspalten. Der Säkularismus der Regierung hat zu einem starken Druck auf die Christen geführt, insbesondere wenn es um moralische Fragen geht, in denen die säkularen Eliten und das Christentum unterschiedliche Ansichten vertreten, wie z. B. Ehe, Familie, Bildung, Bioethik und Geschlechtsidentitätspolitik. Diese Themen führen zu Konflikten, die das Recht auf freie Meinungsäußerung, die Gewissensfreiheit und die elterlichen Rechte von Christen betreffen. Auf der anderen Seite haben die Medien kaum zu einem besseren Dialog beigetragen, sondern häufig bestimmte Stereotypen über das Christentum verstärkt und zu einer weiteren Spaltung geführt.

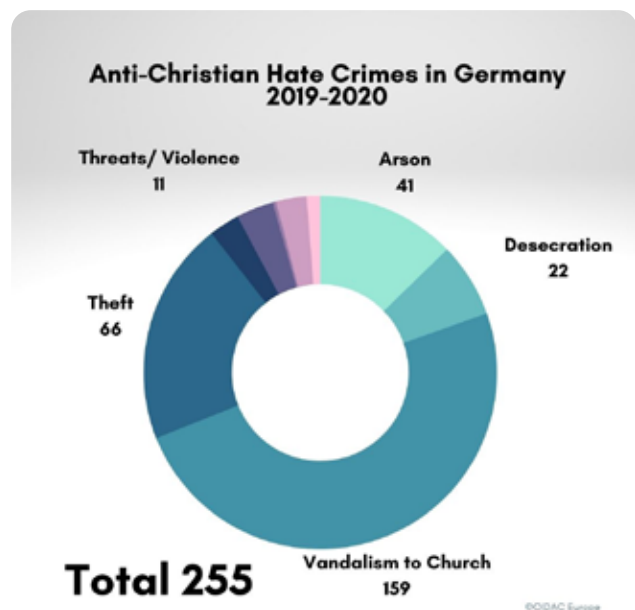
Im Rahmen von Covid-19 und als Reaktion auf die jüngsten Terroranschläge ergriff die Regierung Maßnahmen, die indirekt die Religionsfreiheit einschränkten. Die Geschichte des französischen Laizismus und die Spannungen infolge islamistischer Anschläge könnten ein Grund für die negative Konnotation der Religion in diesem Land sein. Dem Christentum wird allgemein wenig Respekt entgegengebracht. Gleichzeitig wird die hohe Anzahl schwerwiegender Angriffe auf Kirchen, christliche Gebäude und Symbole und sogar auf Menschen allmählich von der Regierung wahrgenommen, was hoffentlich zu einem tieferen Problembewusstsein beiträgt. Christen berichten auch vermehrt, dass sie sich durch die islamische Vorherrschaft in bestimmten Brennpunktgebieten bedroht fühlen.



DEUTSCHLAND

Deutschland sieht sich mit der Problematik der Marginalisierung gläubiger Christen in verschiedenen Bereichen konfrontiert, einschließlich eines hohen Maßes an Vandalismus, von dem immer mehr Christen betroffen sind, da die Kirchen geschlossen bleiben, um Zwischenfälle zu vermeiden. Staatliche Maßnahmen sind zwar nur punktuell einschränkend, aber in einigen Regionen Deutschlands ist die soziale Feindseligkeit sehr groß, und das religiöse Unwissen der Behörden trägt dazu bei, dass dieses Problem fortbesteht; dies wird durch eine aktuelle Pew Research-Studie bestätigt. Deutschland muss besser reagieren, um Christen vor Angriffen durch radikalisierte Gruppen zu schützen. Staatliche Diskriminierung erfolgt vor allem durch Eingriffe in die Meinungsfreiheit unter dem Vorwand der Bekämpfung von „Hassrede“ und durch Einschränkung der Elternrechte, z.B. in Bezug auf die religiöse Bildung oder Sexualerziehung ihrer Kinder.

Gleichzeitig hat die Befangenheit bzw. das religiöse Unwissen in vielen Behörden zu einer ungerechten Behandlung von christlichen Konvertiten geführt, die von Verfolgung und schwerer Gewalt betroffen sind. Unseren Experten zufolge gibt es in vom Islamismus geprägten Brennpunktgebieten Probleme mit sozialer Segregation, islamischem Extremismus und folglich mit der Belästigung von Christen oder anderen religiösen Minderheiten. Da die sozialen Anfeindungen oft schwerwiegender sind als die staatlichen Restriktionen, braucht es ein geschärftes Bewusstsein, damit die Regierung auf gesellschaftlicher Ebene angemessen reagieren kann.

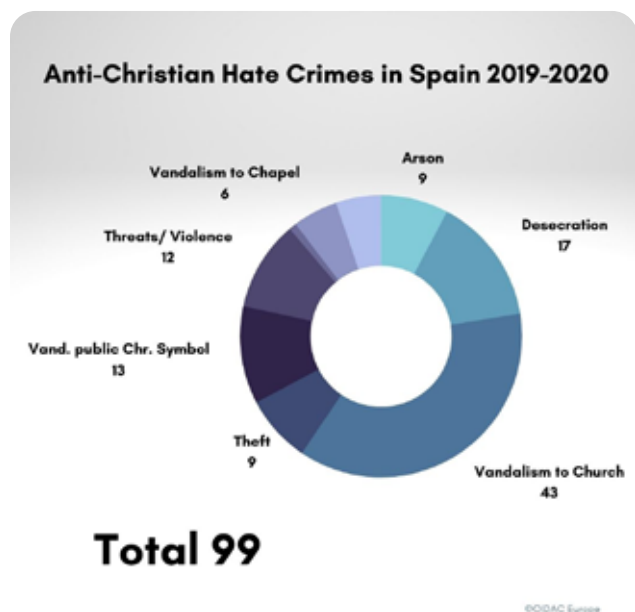


SPANIEN

Spanien ist das einzige Land, das klare Tendenzen eines radikalen Säkularismus aufweist, der Hand in Hand mit den staatlichen Behörden und dem sozialen Umfeld einher geht. Die jüngste Geschichte des Landes, geprägt von einem Autoritären Regime, das noch dazu Katholiken begünstigte, erklärt, warum die säkularistische Ideologie von der Gesellschaft so leicht akzeptiert wurde. Es gibt eine eindeutig negative Konnotation von Religion, vor allem des Katholizismus, die dazu geführt hat, dass das „Gesetz zur historischen Erinnerung“ und andere Initiativen als Instrument zum Ausschluss des Katholizismus aus dem öffentlichen Leben eingesetzt wurden. Diese allgemeine Feindseligkeit hat zu einer Zunahme antichristlicher Hassverbrechen geführt, aber auch zu Blasphemien in der Kunstszene, mit dem ausdrücklichen Ziel, religiöse Gefühle von Mitbürgern zu verletzen. Diese soziale und politische Dynamik hat zu Extremismus und Polarisierung auf beiden Seiten des politischen Spektrums geführt.

Aufgrund der Wirtschaftskrise 2008 und darüber hinaus war Spanien zwar kein Einwanderungsland, hatte aber dennoch Probleme in Brennpunkten mit islamistischen Tendenzen, in denen sich Christen und christliche Konvertiten nicht sicher fühlen.

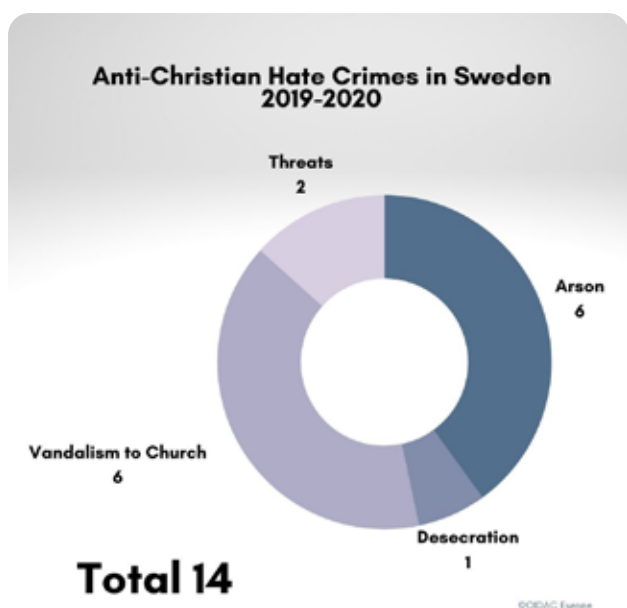
Angesichts der wachsenden laizistischen Befangenheit ist in den Entscheidungsprozessen der staatlichen Behörden keine Form religiöser Kompetenz ersichtlich. Die Situation in Spanien betrifft vor allem die Redefreiheit, die elterlichen Rechte, die Religionsfreiheit und die Versammlungsfreiheit. In einigen dokumentierten Fällen waren Christen physischer und psychischer Gewalt ausgesetzt. Die Hauptakteure sind radikalisierte Einzelpersonen oder Gruppen, aber auch Akteure der Politik und der Medien.



SCHWEDEN

Unsere Interviews, die wissenschaftliche Literatur und einige Fälle bestätigen, dass es in Schweden eine wachsende kulturelle Kluft und eine Zunahme sozialer Anfeindungen mit antireligiösen Motiven gibt. Dies ist auf den Extremismus innerhalb bestimmter ideologischer Gruppen sowie auf den islamischen Extremismus zurückzuführen. Der fortschreitende Säkularismus wird vermutlich dazu führen, dass es für Christen schwieriger wird, ihren Glauben weiterzugeben oder ihren Kindern näherzubringen. Christliche Schulen müssen zum Beispiel vermehrt mit bürokratischen Hindernissen kämpfen. Auch gibt es Bestrebungen, ihren Lehrplan und Aktionsradius einzuschränken oder sogar ihre gesamte Existenz in Frage zu stellen. Christen, die im Gesundheitswesen arbeiten, können entlassen werden, wenn sie von ihrer Gewissensfreiheit Gebrauch machen. Darüber hinaus kann christlichen Kirchen die Befugnis zur Durchführung von Eheschließungen entzogen werden, wenn sie nicht anbieten, gleichgeschlechtliche Paare zu trauen, wie es in der Gemeinde Falun der Fall war, wo die Behörde zudem ihre finanzielle Unterstützung entzog.

Obwohl es kleine Verbesserungen bei der Beurteilung von Anträgen christlicher Konvertiten durch die Migrationsbehörde gibt, sind immer noch viele Christen von der Abschiebung in Länder bedroht, in denen sie sich in großer oder lebensbedrohlicher Gefahr befinden. Gleichzeitig sind christliche Konvertiten in muslimisch geprägten, städtischen Regionen Schwedens mit schwerwiegenden Problemen konfrontiert.



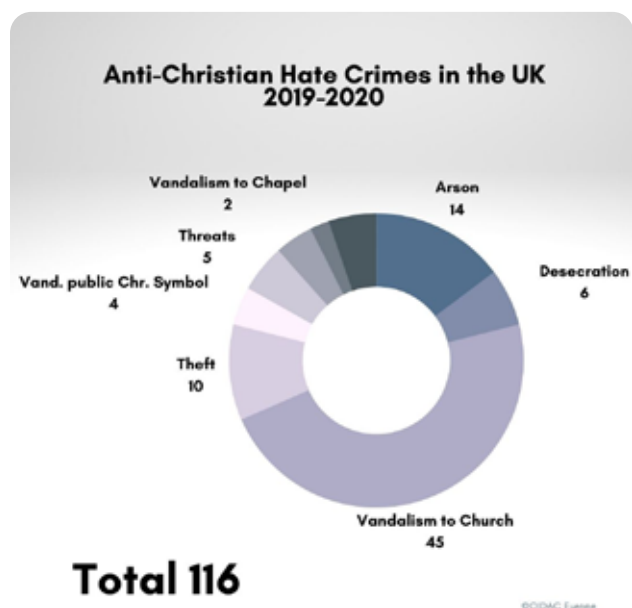
GROßBRITANNIEN

Das Vereinigte Königreich befindet sich in einem kulturellen Prozess, der eindeutig durch eine wachsende säkulare Intoleranz in der Gesellschaft und in der Rechtslandschaft geprägt wird. Letzteres führte zu einer Einschränkung der Meinungsfreiheit und der elterlichen Rechte von Christen. Die soziale Intoleranz innerhalb der Gesellschaft hat sich auch auf die Rechte christlicher Einrichtungen und Kirchen ausgewirkt und zu Diskriminierung und Vandalismus geführt. Die Medien scheinen zu diesem Problem beizutragen, indem sie die Christen mit Stereotypen belegen, verzerrt darstellen oder schlichtweg ignorieren. Darüber hinaus führt der öffentliche Diskurs über Geschlechteridentität zur sozialen Ausgrenzung von Menschen, die eine abweichende Meinung vertreten, auch wenn sie keiner religiösen Gruppe angehören. Es ist besorgniserregend, wenn bereits Meinungen und Überzeugungen ein solches Ausmaß an sozialer Ausgrenzung, Diskriminierung und negativen Folgen im täglichen Leben verursachen können.

Die Gewalt gegen Christen hat in Großbritannien zugenommen, in Form von Vandalismus und schweren Brandanschlägen auf christliche Einrichtungen, ja sogar durch körperliche Übergriffe. Es herrscht also eine spürbare gesellschaftliche Feindseligkeit und gleichzeitig Gleichgültigkeit seitens der öffentlichen Behörden.

Christliche Konvertiten und Christen sind auch dem Druck extremistischer islamischer Gruppen in bestimmten Gebieten ausgesetzt, z. B. in speziellen Wohngebieten und Gefängnissen.

Positiv zu vermerken ist, dass einige Politiker auf die Problematik reagieren und Untersuchungen zu einigen der virulenten Themen initiiert haben, die nun umgesetzt werden sollen.



SCHLUSSFOLGERUNG

Dieser Bericht soll zu einem besseren Verständnis zwischen religiösen und säkularen Teilen der Gesellschaft beitragen. Deshalb haben wir einige Empfehlungen für Verbesserungen formuliert. Wir sind der Ansicht, dass die staatlichen Behörden durch die Erhöhung ihrer religiösen Kompetenz eine bessere Gesetzgebung und Verwaltung gewährleisten könnten. So würden Brücken zwischen gesellschaftlichen Gruppen geschaffen und Gesetze vermieden werden, die religiöse Gruppen zumindest indirekt diskriminieren. Wir möchten auch die christliche Bevölkerung ermutigen, einen respektvollen und offenen Dialog zu fördern und zu suchen, indem sie bewusst Vorurteile gegenüber Menschen mit anderen moralischen Werten vermeidet und mehr Interesse zeigt, sich an öffentlichen Debatten zu beteiligen. Zudem unterstreichen wir, dass internationale und zivilgesellschaftliche Organisationen zur Verbesserung dieser Situation beitragen können, indem sie über das hier beschriebene Phänomen berichten und es stärker ins Bewusstsein rücken. Wir hoffen, dass dies ein fruchtbarer erster Schritt sein wird, um eine breitere konstruktive und offene Debatte zugunsten von Christen, anderen religiösen Gruppen und Minderheiten anzustoßen und der Gesellschaft im Allgemeinen zu dienen.

